

Wünschen kostet was - Zur Zukunft des Flughafens Tempelhof

Was die Berliner Staatsoper mit dem Flughafen Tempelhof zu tun hat, das lernen wir derzeit bei den laufenden Verhandlungen über die Hauptstadtfinanzierung. Der Bund unterstützt Berlin mit 200 Millionen Euro für die Sanierung der Staatsoper, verknüpft seine finanzielle Zusage aber u.a. mit der Kostenübernahme des Flughafens Tempelhof nach seiner Stilllegung durch den Berliner Senat. Das ist nicht nur eine pfiffige Idee des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück, wie der Regierende Bürgermeister Wowereit offen zugibt, sondern sie ist auch erzieherisch konsequent. Die jährlichen Betriebskosten der Flughafenanlage belaufen sich nach Expertenschätzungen auf 22-25 Millionen Euro. Allein der Senat hat zu verantworten, dass ohne Not im Juni 2007 ein Verwaltungsbescheid zur Entwidmung der Fläche des Flughafens erlassen wurde, der dort zum 31. Oktober 2008 das Ende der Fliegerei bedeuten und damit die Vermarktung der denkmalgeschützten Riesenimmobilie deutlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Ein historisches Symbol für die Berliner Luftbrücke und die Chance auf einen Berliner City-Airport wäre für alle Zeiten vernichtet.

Peer Steinbrück, der für 83% des Gebäudes und 56% des Geländes mit verantwortlich ist, die sich noch in Besitz des Bundes befinden, hatte die Länder Berlin und Brandenburg bereits im April 2007 über die Ergebnisse eines Gutachtens zum Flughafen Tempelhof informiert. Nach Angaben des Ministeriums ist es demnach möglich, einen eingeschränkten Flugbetrieb auf dem innerstädtischen Airport fortzusetzen, ohne damit den Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) in Schönefeld zu gefährden. Voraussetzung hierfür sei die Änderung der Landesentwicklungspläne.

Der Berliner Steuerzahlerbund sieht in dem drohenden Rückzieher des Bundes seine Befürchtungen bestätigt, dass durch die Kurzsichtigkeit des rot-roten Senats wieder einmal die Berliner Steuerzahler die Leidtragenden sein werden, sollte der City-Airport geschlossen werden. Der Berliner Steuerzahlerbund ruft daher erneut alle wahlberechtigten Berliner auf, den verantwortlichen Politikern die Stirn zu bieten und im nächstgelegenen Bürgeramt ihre unterstützende Unterschrift für das laufende Volksbegehren abzugeben.

Nur vier Wochen nach Beginn des Volksbegehrens zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof war die Schallmauer von 50.000 Unterstützer-Unterschriften bereits durchbrochen. Allein der flughafennahe Bezirk Tempelhof-Schöneberg lieferte bisher weit über 10.000 Stimmen. „Die Zahlen widerlegen alle Kritiker, die die Anwohner zu Opfern eines fortgesetzten Flugbetriebs erklären“, so ICAT-Präsident Bernhard Liscutin.

Wünschen kostet was. Der Bürger entscheidet dies mit seiner Stimme. Das Volksbegehren ist erfolgreich bei einer Zustimmung von 7% der Wahlberechtigten. Sollten ca. 170 000 Stimmen bis zum 14. Februar 2008 zusammen kommen, könnte sich der Druck vom Bund auf Berlin erhöhen. Nach einer aktuellen Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, darf der Bund einem Bundesland Weisung erteilen, „damit sich bei Meinungsverschiedenheiten mit den Ländern das vom Bund zu definierende Gemeinwohlinteresse durchsetzen kann“.

Aktuelle Informationen zum Volksbegehren unter www.wahlen-berlin.de